

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Ersteht

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Amts- und Anzeigebblatt“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 66.

54. Jahrgang.
Donnerstag, den 6. Juni

1907.

Die Firma **Albert Ficker, Eibenstocker Cementwarenfabrik** beabsichtigt, auf dem Grundstück Nr. 1120 des Flurbuchs für Eibenstock eine **2. Saug-Generatorgas-Rotoranlage** zu errichten.

Die Zeichnungen und Beschreibungen hierüber liegen an Ratsstelle — Polizeiamt — zur Einsichtnahme für die Beteiligten aus.

Etwaige Einwendungen gegen diese neue Anlage sind binnen 14 Tagen an Ratsstelle anzubringen. Die Frist nimmt ihren Anfang mit Ablauf des Tages, an welchem das diese Bekanntmachung enthaltende Blatt ausgegeben wird, und ist für alle Einwendungen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, präklusivisch.

Stadtrat Eibenstock, am 5. Juni 1907.

Hoffe.

g.

In das Musterregister ist eingetragen worden:
Nr. 420. Firma **C. G. Tuchscherer** in **Schönheide**.

a) Ein versiegeltes Paket, enthaltend 50 Proben von gestifteten Befägen. Serie XXXI.
Fabriknummern: 2160 2161 2162 2163 2164 2165 2166 2167 2168 2169
2169^{1/2} 2170 2171 2172 2173 2173^{1/2} 2174 2175 2176 2177 2178 2179 2180
2181 2182 2183 2184 2185 2186 2187 2188 2189 2190 2191 2192 2193
2194 2195 2196 2197 2198 2199 2200 2201 2202 2203 2204 2205 2206
2207.

b) Ein versiegeltes Paket, enthaltend 23 Proben von gestifteten Befägen. Serie XXXII.
Fabriknummern: 2208 2209 2210 2211 2212 2213 2214 2215 2216 2217
2218 2219 2220 2221 2222 2223 2224 2225 2226 2227 2228 2229 2230.
Flächenergebnisse. Schutzfrist 3 Jahre. Angemeldet am 30. Mai 1907, vormittags
8 Uhr.

Eibenstock, am 4. Juni 1907.

Königliches Amtsgericht.

Die bayerischen Landtagswahlen.

Treitschke hat einmal gesagt, es sei die leidige Pflicht des Publizisten, sich zu wiederholen. Auch wir sehen uns heute wieder vor diese leidige Pflicht gestellt, doch trösten wir uns mit der Ueberzeugung, daß wir in Ausübung dieser Pflicht eine gar nicht oft und laut genug zu predigende Mahnung wiederholen, die Mahnung zur Einigkeit an das deutsche Bürgerturn. Diese Mahnung legen uns die soeben stattgehabten Landtagswahlen in dem zweitgrößten deutschen Bundesstaate, in Bayern, mit eindringlichem Ernste nahe.

Die bayerischen Landtagswahlen haben von neuem zu einer absoluten Mehrheit des Zentrums geführt. Das war kaum anders zu erwarten. Sie haben aber auch der Sozialdemokratie einen ansehnlichen Mandatszuwachs gebracht. War auch dies unabänderlich? Wir antworten darauf mit einem strikten Nein. Nur die Uneinigkeit und Zersplitterung in den Reihen des Bürgerturns hat den Genossen den wirklich stattgehabten Umfang ihrer Triumphe ermöglicht. Wir exemplifizieren zum Beweise hierfür auf die Wahlen in der Landeshauptstadt München. In München hat die Sozialdemokratie nicht weniger als acht Landtagsitze erobert. Es wäre dies jedoch, wie die Wahlziffern ausweisen, nur in drei Wahlkreisen gelungen, falls die maßgebenden bürgerlichen Parteien, Liberale und Zentrum sich hätten entschließen können, auf Grund eines Kompromisses eine Verteilung der Mandate vorzunehmen oder gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Für München II stellt sich nämlich das Ergebnis folgendermaßen. Der Liberale erhielt 1812, der Zentrumsmann 1099 und der Sozialdemokrat 2078 Stimmen. Da nun nach bayerischem Wahlmodus die einfache Mehrheit entscheidend ist, so hat der Sozialdemokrat gestegt. Wären die bürgerlichen Parteien aber gemeinsam vorgegangen, so hätten sie 2911 Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigt und damit den sozialdemokratischen Mandatsbewerber um rund 900 Stimmen hinter sich gelassen. In München VI hatten Liberale und Zentrum zusammen 3880, der Sozialdemokrat 3175, in München VII Liberale und Zentrum 3675, der Sozialdemokrat 3035, in München XI Liberale und Zentrum 3115, der Sozialdemokrat 2572, in München IX endlich Liberale, Zentrum und Christlich-Soziale 2982, der Sozialdemokrat 2883 Stimmen. In allen diesen Fällen aber siegen trotzdem die Kandidaten der Sozialdemokratie, weil eben die bürgerlichen Parteien nicht vereint, sondern getrennt marschierten. Und wie in München, so geschah es auch andernwärts.

Ein noch traurigeres Aussehen aber gewinnt das bayerische Wahlergebnis dadurch, daß bei ihm nicht bloß Unterlassungssünden, sondern auch positive Begehungsünden des Bürgerturns in Frage kommen. Hat auch der berüchtigte Bakt, der seiner Zeit in der Sakristei des Bamberger Doms zwischen den Herren Schädler und von Volkmar abgeschlossen wurde, keine allgemeine Erneuerung gefunden, so ist doch auch diesmal wieder von einer schwarz-roten Verbrüderung aus der Pfalz zu melden. Das Münchener liberale Presseorgan, der „Bayerische Courier“, hat dies selbst in schamhaft-verlegener Weise zugestanden. Man steht dieser Tatsache mit umso größerem Befremden gegenüber, als die Liberale der Pfalz unter allen liberalen Richtungen Gesamtdeutschlands mit den stärksten agrarischen Einschlag aufweisen, also in ihren wirtschaftspolitischen Anschauungen dem Zentrum durchaus angenähert sind. Ja, wenn es sich noch um den Münchener Jungliberalismus handelte, der hinter der Fahne der „Jugend“ und des „Simplizismus“ einhertrötet. Das ist in der Tat eine so unerfreuliche Spielart des Liberalismus und ein so widerwärtiges Gebilde in dem Gesamtrahmen deutschen Parteilebens überhaupt, daß man es, wenn auch gewiß nicht zu billigen, so doch zu verstehen vermag, wenn sich eine auf sittlich-religiösem Boden stehende Partei zu seiner Bekämpfung, sogar der Hilfe der Sozis bedient. Für das Verhalten des Zentrums gegenüber den pfälzischen Liberalen und Bündlern aber gibt es schlechterdings keinerlei mildernende Umstände.

Sehen denn die klugen Führer des Zentrums wirklich nicht ein, um welch hohen Einsatz sie mit ihren Parteimachenschaften spielen? Sehen Sie wirklich nicht ein, daß der Samen, den sie durch Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie

ausstreuen, über kurz oder lang bittere Früchte hervorbringen muß? Wie man nach den Worten der Heiligen Schrift nicht Gott und dem Mammon zugleich dienen kann, so kann man ganz gewiß auch nicht Gott und dem Geiste irdischen Genußlebens, des modernen Mammonismus und Materialismus, wie er in der Sozialdemokratie sich birgt, zugleich dienen. Morgens das Vaterunser und abends die Marcellaise — das geht auf die Dauer nicht an. Dabei wird und muß das Vaterunser bald verstimmen. Noch rechnen die Führer des Zentrums so fest auf die Disziplin ihres Gefolges, daß sie diesem auch die widerstrebensten Handlungen aufzuzwingen wagen. Aber auch die festeste Disziplin kann durch verkehrte Führung ins Wanken gebracht werden, und daß auch der Zentrumsturm allerlei Sprünge und Risse aufzuweisen beginnt, das haben gerade die letzten bayerischen Landtagswahlen zur Genüge dargetan. In zahlreichen Wahlkreisen standen den offiziellen Zentrumskandidaten Frondeure aus den Reihen der katholischen Bevölkerung gegenüber, und mit dem liberalen katholischen Pfarrer Grandinger hält eine ganz neue dem Zentrum sicherlich höchst unbequeme politische Spezies ihren Einzug in den deutschen Parlamentarismus. Das alles sind doch Zeichen, die sich das Zentrum zur Warnung dienen lassen sollte.

Alles in allem bieten sonach die bayerischen Landtagswahlen kein erfreuliches Bild. Ein Ueberwuchern der Parteinteressen und ein Zurücktreten der großen vaterländischen und nationalen Gesichtspunkte — das ist die vorherrschende Signatur. Parteien aber, die sich als Selbstzweck betrachten und demgemäß handeln, haben ihr Daseinsrecht vermisst. Erst wenn diese große Wahrheit zu allgemeiner Anerkennung in unserm Vaterlande gelangt sein wird, erst dann, aber auch nicht früher, werden unsere politischen Zustände dauernd besser werden.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Nach einer Meldung des „Osna-brücker Tageblattes“ aus Gmunden wird der Herzog von Cumberland gegen die vollzogene Braunschweiger Regentenschaftswahl in seinem und seiner Nachkommen Namen abermals staatsrechtlichen Protest einlegen, der natürlich keinerlei Wirkung ausüben kann.

— Berlin, 3. Juni. 24 Reichstags- und 6 Bundesratsmitglieder sind in Begleitung von 8 Vertretern des Reichsmarineamts heute mittag nach Kiel abgefahren. Morgen werden nach einer Rundfahrt durch den Hafen die kaiserliche Werft und die Werker Anlage besichtigt. Am Mittwoch geht es auf dem Linienschiffe „Schwaben“ nach Sonderburg, wobei ein Unterseebootsangriff und Artillerieschießen vorgeführt wird, und nachmittags auf Torpedoboote nach Nordwik. Am Donnerstag wird das Legen einer Minensperre vorgeführt und Küstenbefestigungen besichtigt. Am Freitag fährt Prinz Heinrich die Herren auf seinem Schlachtschiff „Deutschland“ um die Hochseeflotte herum, läßt diese manövrieren und schließlich Kiel angreifen und empfängt dann die Herren zum Frühstück. Am Sonnabend wird die Rückreise angetreten.

— Die Berliner Politischen Nachrichten weisen in einem Artikel darauf hin, daß auch bei den Arbeiterbewegungen unserer Zeit Theorie und Praxis manchmal recht verschieden seien, und schreiben hierzu: Bekanntlich bildet eine der Hauptforderungen der Arbeiter im Baugewerbe, die zu den schweren wirtschaftlichen Kämpfen in diesem Gewerbe geführt haben, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden. Diese Forderung ist von den Arbeitern als eine für ihre Lebensführung durchaus notwendige bezeichnet worden. Dieselben Arbeiter aber, die auf der Einführung des Achtstundentags, selbst auf die Gefahr weitgehender Aussperrung hin, bestanden haben, finden sich außerhalb der Reichshauptstadt ohne weiteres bereit, elf Stunden am Tage zu arbeiten, sofern sie nur unter dieser Bedingung Arbeit finden können. Sie arbeiten also dort unbedenklich mehrere Stunden länger, als dies bisher in Berlin Gebrauch war. Diese Tatsache läßt demnach deutlich erkennen, daß die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden keine innere Berechtigung, selbst in den Augen der Arbeiter,

hat, daß vielmehr bei der Aufstellung der Forderung lediglich bezweckt wurde, den Arbeitgebern im Baugewerbe gegenüber die sozialdemokratische Forderung des Achtstundentags durchzusetzen, mit anderen Worten, die Arbeitgeber unter das Joch der grundsätzlichen sozialdemokratischen Forderungen zu zwingen. Dieser Tatbestand ist geeignet, dem Ausgang des Kampfes im Berliner Baugewerbe eine weit über den Umfang dieses Gewerbes hinausgehende allgemeinere Tragweite zu verleihen und somit das gesamte deutsche Gewerbe lebhaft an diesem Ausgange zu interessieren.

— Oesterreich-Ungarn. Die Deutsche Fortschrittspartei, die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Agrarpartei in Oesterreich wollen sich zu einem deutsch-freiheitlichen Verbands zusammenschließen.

— Frankreich. Zwischen Frankreich und England schweben Verhandlungen wegen der Neuen Hebriden, für deren Abtretung Frankreich Sierra Leone an der Westküste Afrikas erhalten soll.

— Italien. Aus Anlaß des Nationalfestes wurde am Sonntag in Rom in Anwesenheit des Königs und der Königin die Eröffnung des nationalen Wettschießens vorgenommen. Beim Schluß der Eröffnungsfeier stieg ein Militärballon auf. In einer Höhe von etwa 300 Mtr. geriet der Ballon infolge elektrischer Entladungen der gewitter-schwangeren Atmosphäre in Brand und stürzte zur Erde. Der Zuschauer bemächtigte sich eine furchtbare Erregung. Kapitän Uivelli, der sich im Ballon befand, wurde sterbend in ein Krankenhaus gebracht. Der König und die Königin waren aufs tiefste ergriffen. Der König besuchte Uivelli und verweilte eine halbe Stunde an seinem Lager. Am Nachmittag starb Uivelli.

— Spanien. In Madrid begann der Prozeß wegen des Bombenanschlags am Hochzeitsstage des Königs paares, dem seinerzeit über 100 Menschen zum Opfer fielen. Wie man sich erinnert, hat der Attentäter Mateo Morales auf der Flucht zuerst einen Gendarmen und dann sich selbst erschossen. Der republikanische Publizist Rafens, zu dem er sich unmittelbar nach der Tat geflüchtet hatte und Ferrer, der die Schule, an der Morales als Lehrer angestellt war, geleitet hatte, sind die Hauptangeklagten. Inzwischen hat sich in Madrid ein Komitee gebildet, um den Opfern des Attentates ein Denkmal zu setzen.

— Portugal. In Wien wird, wie gerüchtweise verlautet, demnächst eine Deputation aus Portugal eintreffen, um dem Präsidenten Don Miguel die Krone anzubieten.

— Marokko. Die Verhandlungen, die zwischen dem Sultan und Raifuli gepflogen wurden, sind ergebnislos verlaufen.

— Indien. Die indische Presse spielt gefährlich mit dem Feuer. Nachdem sie seit einiger Zeit offen zur Rebellion aufgefordert hat, beschimpft sie jetzt den König selbst. Die Zeitung „India“ veröffentlichte zwei Briefe, in denen der König mehrfach beleidigt wird. An anderer Stelle sagt das Blatt: „Selbst wenn die ganze weiße Bevölkerung Englands bewaffnet hier im Lande stände, könnten die 300 Millionen Indier sie mit Knütteln verjagen.“ Die indische Regierung ist dieser Presse gegenüber wehrlos, da das englische Parlament zu verschiedenen Zeiten für die Freiheit der Presse eintrat. Der europäische Verteidigungsverband von Kalfutta hat an die Regierung Indiens appelliert, um diese zu bewegen, mit Repressivmaßnahmen nicht so lange zu warten, bis eine Unterdrückung der Unordnung schwierig sein würde. Die Europäer sind allgemein der Ansicht, daß trotz der scheinbar wiederhergestellten äußeren Ordnung die Bewegung zu gunsten eines Aufstandes um sich greife.

— China. Der Generalgouverneur von Kanton hat der Regierung in Peking gemeldet, daß die Unruhen in Sientschou und Pakhoi unterdrückt sind und die Missionare sich in Sicherheit befinden.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 5. Juni. Kommenden Montag, den 10. d. M., tritt der hies. Vaterländische Volksverein mit seiner Gründungsfeier zum ersten Male an die Öffentlichkeit. Mit besonderer Freude wird es begrüßt werden, daß unser Reichstagsabgeordneter Herr Dr. Stresemann zugegen sein wird und derselbe auch die Festrede übernehmen